



Pressemitteilung

Schwarz: Licht und Schatten beim Beschluss der Agrarminister

Der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, sieht beim Beschluss der Agrarministerkonferenz zur nationalen Umsetzung der Agrarreform Licht und Schatten.

Positiv sei, dass durch den frühzeitigen Beschluss Klarheit über die nationale Umsetzung herrsche und diese nun rechtzeitig vor dem Inkrafttreten im Jahr 2015 konkret angegangen werden könne. Dies verschaffe den Betrieben Planungssicherheit, sagte Schwarz am heutigen Dienstag in Rendsburg. Allerdings enthielten die Beschlüsse einen deutlichen Fingerzeig, dass die staatlichen Einkommensstützungen nicht verlässlich sei und die Bauern mehr denn je ihre Betriebe und ihre Produktion an den Marktchancen ausrichten müssten.

Schatten sieht Schwarz in diesem Zusammenhang bei dem Beschluss, 4,5 % der Direktzahlungen aus der Ersten Säule in die Zweite Säule der ländlichen Entwicklung umzuverteilen. Die Förderung in der Zweiten Säule dient nicht der Einkommensstützung, sondern ersetzt stets nur einen tatsächlichen Mehraufwand für z.B. Umweltmaßnahmen. Dies sei schmerzlich und erhöhe den wirtschaftlichen Druck für die landwirtschaftlichen Betriebe. Schwarz wies darauf hin, dass Schleswig-Holstein in der Ersten Säule durch die Brüsseler Haushaltskürzungen und die bis 2019 vorgesehene Angleichung zwischen den Mitgliedstaaten und den Bundesländern ohnehin 28 Millionen € jährlich verlöre. Die 4,5 %-ige Kürzung bedeute mit einem weiteren Verlust mit 13,5 Millionen € jährlich noch einmal fast die Hälfte dieses Betrages.

Dies werde den Strukturwandel, also die Entwicklung zu größeren Betriebseinheiten, beschleunigen. Daran ändere die weitere Umverteilung auf die ersten 46 Hektare aller Betriebe wenig, weil dies eine Besserstellung nur bis etwa 100 Hektar bedeute, die Wachstumsschwelle aber bereits heute über dieser Größe läge. Schwarz äußerte seine Erwartung, dass die Politik sich dann nicht von dieser Entwicklung distanzieren, sondern den Verbrauchern die Hintergründe erläutere. Richtig sei von daher auch gewesen, dass den noch weitergehenden Umverteilungsvorstellungen der Grünen Länderagrarminister eine Absage erteilt worden sei.

Schwarz bescheinigte dem schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Robert Habeck allerdings bei der Verteilung der Mittel der Zweiten Säule zwischen den Bundesländern gut verhandelt zu haben. Durch die Anhebung des Mindestsatzes pro Hektar käme deutlich mehr Geld nach Schleswig-Holstein. Positiv sei auch, dass diese Mittel ausdrücklich landwirtschaftsnah eingesetzt werden sollen. Schwarz regte an, im Rahmen der geplanten Investitionsförderung auch wieder eine Förderung für den Bau von Güllebehältern und Silageplatten vorzusehen, weil es hier noch Nachholbedarf gäbe.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

k.dahmke@bvsh.net

Telefon 0 43 31/12 77-21 • Fax 0 43 31/2 61 05 • Mobil 01 71/ 9 72 73 32

www.bvsh.net

Postanschrift

Postfach 821

24758 Rendsburg